

Vertragsrecht für IT-Freischaffende

Wer heutzutage als Freiberufler im Bereich IT Fuß fassen will, wird bald feststellen, dass die rechtliche Erfassung dieses Berufszweiges dem rasanten technischen Fortschritt oft gnadenlos hinterher hinkt. Entsprechend viele Fallstricke lauern auf dem Weg zu einer erfolgreichen Selbständigkeit. Die folgenden Infos und Ratschläge sollen helfen, Gefahren vorzubeugen und potentielle Hindernisse zu überwinden.

Der Vertrag an sich

Bei aller berechtigter Freude sollte man gerade bei den ersten Aufträgen die Vertragsklauseln genau unter die Lupe nehmen, um vor unliebsamen Überraschungen gefeit zu sein.

Das erste Problem taucht auf, sobald die Vertragsart ins Spiel kommt. Hier sollen exemplarisch einige wichtige Vertragstypen beschrieben werden:

- Soll eine speziell angefertigte Arbeit geliefert werden (z.B. ein eigens geschriebenes Programm, Erstellung einer Website), so kann der Artikel Gegenstand eines **Kaufvertrages** werden. In der Regel - d.h. wenn der Auftrag zu gewerblichen Zwecken erfolgt - muss der Kunde dann eine Beschwerde über die Mangelhaftigkeit des Kaufgegenstandes sofort vorbringen, wenn er diese kostenlos beseitigt haben will. Dieses wird über die sofortige Rügepflicht beschrieben. Dabei ist die Bezeichnung des Vertrages in der Überschrift von sekundärer Bedeutung: Letztendlich kommt es darauf an, was im Vertrag niedergeschrieben ist. So etwa schuldet der Verkäufer dem Käufer die Überlassung des jeweiligen Gegenstandes im vereinbarten Zustand. Sollte der Auftrag seinen Vorgaben nicht entsprechen, kann der Kunde Nachbesserung verlangen, ohne dass dafür zusätzliche Zahlungen erfolgen müssen. Führt auch dann der gelieferte Artikel nicht zur erwarteten Funktionalität, kann der Kunde die Vergütung kürzen und die fehlerhafte Lösung behalten oder in letzter Konsequenz vom Vertrag ganz zurücktreten.
- Der **Werkvertrag** kann beispielsweise die Reparatur eines (etwa durch Viren) beschädigten Programmes beinhalten. Geschuldet wird dann der einwandfreie Ablauf dieses Programms. Auch hier wiederum spielt es keine Rolle, welche Überschrift der Vertrag hat. Seinem Inhalt nach muss in jedem Fall ein konkreter Erfolg geschuldet sein.
- Der **Dienstvertrag** setzt voraus, dass eine vertraglich bestimmte zeitliche Aufwendung vereinbart wird, wobei der Erfolg der jeweiligen Handlung nicht gegeben sein muss. Der Auftragnehmer gibt hier keine Erfolgsgarantie.
So erhält z.B. ein Berater, der eine Datenbank erstellen soll, ein Honorar, auch wenn die Datenbank nach Ableistung der vereinbarten Zeit nicht funktionieren sollte. Dieses setzt allerdings voraus, dass dem Erstellenden kein grober Fehler nachzuweisen ist. Dieser Vertrag wird u.a. häufig von IT-Dozenten angewendet, wonach ein zumindest durchschnittlicher Unterricht gehalten werden muss. Für den Erfolg der

Maßnahme ist alleine der Teilnehmer verantwortlich.

Das Honorar

Oftmals ist es bei Verhandlung der Honorarfrage nicht besonders schlau, am Markt möglichst "billig" aufzutreten. Zu schnell wird man von potentiellen Auftraggebern in der "Billiganbieter"-Ecke verortet, aus der häufig leider nur minderwertige Arbeit abgeliefert wird. Empfehlenswerter ist vielmehr eine Orientierung an den gängigen Marktpreisen.

Nach Analysen werden derzeit durchschnittlich folgende Stundensätze vereinbart:

Ein Software-Entwickler vereinbart durchschnittlich 68 Euro als Stundensatz.

Ein Trainer verlangt durchschnittlich 71 Euro pro Arbeitsstunde.

Ein IT-Berater stellt ebenfalls durchschnittlich 71 Euro in Rechnung.

Natürlich kommen hier auch unterschiedliche Faktoren wie Berufserfahrung, Region und Lebensalter in Betracht. So werden Hessen die höchsten, in Berlin/Brandenburg die niedrigsten Sätze vereinbart.

Die Form des Vertragsabschlusses

Egal wie freundschaftlich man dem Kunden gesinnt ist, eine schriftliche Vertragsform ist immer von Vorteil. Zwar gelten auch mündliche Verträge, aber die Schriftform hat eine höhere Beweiskraft, sollte es zu Streitigkeiten kommen. Im Prozess ist wesentlich zunächst immer das, was in einer Urkunde, also im Vertrag, steht.

Das Urheberrecht - was ist zu beachten?

Webdesigner, Content-Producer und Software-Entwickler müssen auch die Bestimmungen des § 31 UrhG berücksichtigen, da ihr Produkt als "Werk" gilt.

§ 31 Absatz 1 UrhG lautet:

"Der Urheber kann einem anderen das Recht einräumen, das Werk auf einzelne oder alle Nutzungsarten zu nutzen (Nutzungsrecht). Das Nutzungsrecht kann als einfaches oder ausschließliches Recht sowie räumlich, zeitlich oder inhaltlich beschränkt eingeräumt werden."

Man unterscheidet nach dem einfachen und dem ausschließenden Nutzungsrecht:

- Wird das einfache Nutzungsrecht vereinbart, kann der Produzent sein Werk weiter für sich oder auch andere Kunden nutzen.
- Verlangt der Kunde ein ausschließliches Nutzungsrecht, so besitzt der Auftraggeber die alleinigen Nutzungsrechte. Sollte dieser Fall eintreten, verlangen die Kunden sogenannte Buy-out-Verträge, in denen alle möglichen Nutzungsrechte eingeräumt werden. So können z.B. die Inhalte nicht nur für eine Website, sondern auch für eine Präsentations-CD-ROM verwendet werden, ohne dass der Entwickler ein zusätzliches Honorar erhält.

Fehlen diese Vereinbarungen, dürfen die Leistungen nur für den vereinbarten Zweck genutzt werden. Dann kann der Entwickler sie auch für sich oder andere Kunden weiter verwenden. Wird ein Buy-out-Vertrag abgeschlossen, erhält der Auftragnehmer in aller Regel ein Gesamthonorar, womit alle Nutzungsrechte pauschal abgegolten sind. Aber hier ergeben sich möglicherweise Veränderungen.

Nach § 32 UrhG hat der Urheber Anspruch auf eine angemessene Vergütung. "Angemessen" ist die Vergütung dann, wenn sie im Zeitpunkt des Vertragsschlusses dem entspricht, was im Geschäftsverkehr nach Art und Umfang der eingeräumten Nutzungsmöglichkeit, insbesondere nach Dauer und Zeitpunkt der Nutzung, unter Berücksichtigung aller Umstände üblicher- und redlicherweise zu leisten ist.

Der Begriff der Redlichkeit berücksichtigt nach der Vorstellung des Gesetzgebers neben der Interessenlage der Verwerter gleichberechtigt die Interessen der Urheber. Der Bundesgerichtshof bringt dies mit der Vorgabe auf den Punkt, dass ein Urheber an jeder wirtschaftlichen Nutzung seiner Werke tunlichst angemessen zu beteiligen ist (BGH, Urt. v. 05.07.2001 - I ZR 335/98).

Der Quellcode

Oft gibt es Probleme um die Überlassung des Quellcodes. Der Auftraggeber möchte den Quellcode möglichst lange nutzen, um Anpassungen und Aktualisierungen möglichst selbst durchführen zu können. Der Entwickler hat ein Interesse, dieses möglichst kurzfristig zu gestalten, um erneut an Veränderungen und Pflegedienstleistungen verdienen zu können. Außerdem wird damit das wichtigste Kapital, das Wissen, veröffentlicht.

Ohne gesonderte Vereinbarung hat der Auftraggeber grundsätzlich kein Anrecht auf Herausgabe des Quellcodes. Man kann sich aber darauf verständigen, dass die Parteien eine Hinterlegung vereinbaren. Dazu existieren kommerzielle Anbieter oder aber auch der TÜV Rheinland oder der TÜV Süddeutschland.

Die Einsichtnahme und der Umfang der Hinterlegung kann nur unter strengen Voraussetzungen durchgeführt werden. Z.B. nur dann, wenn der Entwickler nicht erreichbar ist und ein hoher Produktionsausfall droht. Zum Umfang ist zu sagen, dass nicht nur der Quellcode hinterlegt wird, sondern auch andere Angaben, wie Sprachen und Compiler ebenfalls zum Umfang der hinterlegten Daten gehören.

Man kann vereinbaren, dass die Hinterlegung nur dann erfolgt, wenn eine komplette Zahlung erfolgte. So hat der Hersteller ein zusätzliches Druckmittel in der Hand. Wird ein Pflegevertrag getroffen, kann abgemacht werden, dass die Datenübergabe nach Ablauf des Pflegevertrages erfolgt.

Dokumentation

Softwareentwickler sind verpflichtet, eine Dokumentation für die gelieferte Software mitzuliefern. So hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass eine ordnungsgemäße Dokumentation zum Lieferumfang gehört (BGH, Urt. v.

20.02.2001 - X ZR 9/99). Erfolgt nach Mahnung und Fristsetzung keine Leistung, kann der Auftraggeber vom Vertrag zurücktreten.

Juristisch ungeklärt ist, inwieweit eine Dokumentation von einem Webdesigner zu erstellen ist. Handelt es sich nur um den HTML-Code, ist derzeit eine solche Forderung nicht gerechtfertigt, weil dieses durch Sachverständige ohne weitere Informationen nachvollziehbar ist. Sollten aber andere speziellere Softwarewerkzeuge eingebunden werden, und je weniger selbsterklärend die Einbindung von Bausteinen erfolgt, desto notwendiger ist eine Dokumentation.

Mängel

Grundsätzlich wird durch den Gesetzgeber eine Mängelbeseitigung durch den IT-Spezialisten gewährt, wobei der Kunde dieses nur unter ganz genau definierten Umständen ablehnen darf. Aber auch dieses kann vertraglich ausgeschlossen werden. Doch sollte man sich als Auftragnehmer darauf nicht einlassen, da dadurch die Vergütung gemindert werden kann.

Zahlungsbedingungen

Auch die Zahlungsbedingungen sollte man genau festlegen. So kann z.B. eine Abschlagszahlung vereinbart werden; nach § 632a BGB jedoch nur für abgeschlossene Teilbereiche eines Werkes. Hierzu kann eine gutachterliche Fertigstellungsbescheinigung eingeholt werden. Man kann aber auch vertraglich vereinbaren, wann ein Teilbereich als fertig anzusehen ist. So können auch z.B. Abschlagszahlungen direkt bei Auftragsvergabe erfolgen.